



Finanzpolitik 2020

Positionspapier des Grünen Bündnis Stadt Bern im Juni 2020

Ausgangslage Finanzlage der Stadt Bern

2019 lagen die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen um CHF 27.8 Mio. unter dem budgetierten Betrag von CHF 116.3 Mio. Daraus resultierte ein Verlust von CHF 17.2 Mio. Grundsätzlich liegt dieser Verlust bei einem Budget von 1.2 Mrd. im Rahmen normaler Schwankungen und stellt kurzfristig angesichts der jahrelangen Überschüsse, die zu einem Bilanzüberschuss von insgesamt CHF 104.3 Mio (Stand: vor Deckung Defizit 2019) und gefüllten Spezialfinanzierungen (Eis + Wasser, Schulbauten) führten, an sich kein existenzielles Problem dar. Da keine differenzierte Analyse der Steuerausfälle / Fehlbudgetierung zur Verfügung steht, sind stabile Einschätzungen, ob es sich dabei um eine einmalige Erscheinung oder um einen Trend handelt, nicht zu tätigen. Damit sind auch Massnahmen bei der zurzeit stattfindenden Budgetierung nur mit unspezifischen Annahmen über die Entwicklung des Steuerumfelds oder politisch begründbar.

Im Frühling 2020 ist mit der Corona-Krise eine weitere grosse Unsicherheit für die Stadtfinanzen dazugekommen. Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen die Krise haben wird, wie sich eine mögliche Rezession ausgestalten und die Steuereinnahmen und die Staatsausgaben beeinflussen wird, ist zurzeit (nicht nur für die Stadt Bern) schwer abzuschätzen. Es ist zwischenzeitlich mit Mindersteuereinnahmen zu rechnen. Auch hinlänglich bekannt ist, dass ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand konjunkturpolitisch notwendig ist. Der Bund und zahlreiche Kantone und Gemeinden verschulden sich deshalb momentan in höherem Umfang, was aufgrund des Negativ-, bzw. Tiefzinsumfeldes günstig ist.

Der Gemeinderat hat nun trotz der unsicheren Ausgangslage beschlossen, beim Budget 2021 CHF 23.5 Mio. und für die Jahre 2022 35 Mio. sowie ab 2023 45 Mio. einzusparen. Dies obwohl er davon ausgeht, dass 2024 die Steuereinnahmen wieder auf dem gleichen Niveau wie 2019 erreicht werden.

Politische Ausgangslage

Angesichts der frühen und alarmierten Kommunikation des Gemeinderats in Reaktion auf die Mindereinnahmen bei den Steuern der juristischen Personen sowie der allgemeinen Unsicherheit aufgrund der Corona-Krise steht die Finanzpolitik der Stadt Bern stark im Fokus. Bürgerliche Parteien und Medienschaffende werfen RGM Misswirtschaft vor, Sparpakete und Investitionsverzicht werden als alternativlos dargestellt, verschiedene Parteien fordern die



Einführung einer städtischen Schuldenbremse und der Klimaschutz- sowie Sozialausgaben geraten unter Druck.

Die Reaktion des Gemeinderates Sparpakete für das laufende, vom Stimmvolk verabschiedete Budget 2020 sowie für das Budget 2021 zu beschliessen, ohne dabei eine strategische Priorisierung vorzunehmen, ist kurzsichtig. Der Gemeinderat hat diese Sparpakete mittels Quotenschlüssel (jede Direktion muss eine nach Grösse festgelegte Sparquote erfüllen) geschnürt, was das GB als hochproblematisch erachtet. Denn erstens führt diese Logik zwingend zu Sozialabbau, da die BSS als grösste Direktion am meisten sparen muss und kaum Möglichkeiten hat, die Vorgaben via Abschreibungen oder externe Honorare zu erreichen. Zweitens erfolgt so keine übergreifende Aushandlung unter den Direktionen, beispielsweise darüber, ob die vom Gemeinderat unter der Ausrufung des Klimanotstandes beschlossenen Klimamassnahmen vollumfänglich umgesetzt werden oder nicht und die Entscheidung so den Direktionen überlassen wird. Drittens werden mit dieser Entscheidung Diskussionen, die direktionsübergreifend die Art und Form der Ausgaben thematisieren (z. B. die Vorgaben zu Sanierungen, die Priorisierung von Investitionen (Tiefbau, Hochbau, Informatik)), nicht geführt und es gibt keine erkennbare Strategie zu einer präzisen und begründeten Ausgabenreduktion. Viertens führt die fehlende Aushandlung offenbar dazu, dass gesamtstädtische Personalsparmassnahmen nicht sauber sozialpartnerschaftlich ausgehandelt werden, da einzelne Direktionen nach unterschiedlicher Logik Massnahmen ergreifen.

Um gerade in der Krise eine wirkungsvolle Sozial- und Klimapolitik sicherzustellen und die lokale Wirtschaft möglichst gut zu unterstützen, braucht es eine politische Gesamtsicht mit klaren Handlungsleitsätzen.

Für das Grüne Bündnis ist nicht nachvollziehbar, wie die Höhen der zu sparenden Beträge von 20, 35, 45 Mio. für die nächsten Jahre zustande gekommen sind. Es ist nicht ersichtlich, auf welchen Annahmen die vom Gemeinderat aufgeführten Zahlen beruhen und welche volkswirtschaftlichen Überlegungen hinter den prognostizierten Mindereinnahmen stehen. Das Grüne Bündnis trägt deshalb den vom Gemeinderat beschlossenen Umfang der Sparbeträge nicht mit, ist aber bereit auf Ausgaben und Investitionen in kleinerem Umfang zu verzichten, um mehr Spielraum für notwendige Ausgaben zu erlangen. Das Grüne Bündnis hat deshalb eine politische Priorisierung vorgenommen, wird diese via Vorstösse und über die Budgetdebatte im Stadtrat in den politischen Prozess einbringen und erwartet, dass andere Parteien ebenfalls ihre konkreten politischen Vorschläge zur Debatte stellen.

Finanzpolitische Überlegungen

Das Grüne Bündnis ist überzeugt, dass neben einer Priorisierung bezüglich Ausgaben und Investitionen auch Fragen an die laufende Finanzpolitik der Stadt Bern gestellt werden



müssen. Die finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderates, die jährlich im IAFP publiziert werden, sind nicht auf Krisenjahre ausgerichtet. Der Gemeinderat muss deshalb die angestrebten Werte und teilweise historisch gewachsenen Richtlinien auf Spielräume überprüfen. Das bedeutet insbesondere:

Kurzfristig

- Bruttoverschuldungsquote: Gemäss Gemeinderat darf diese höchstens 140% betragen. Die übergeordneten Gesetze äussern sich nicht zu dieser Frage und die HRM2-Empfehlungen der KDK werden in den Gemeinden unterschiedlich umgesetzt. Der Gemeinderat soll aufzeigen, welche Folgen eine Anpassung dieses Richtwerts gegen oben hat und welche finanzpolitischen Spielräume so eröffnet werden.
- Bilanzüberschuss: Der Grundsatz, dass dieser immer mindestens 90 Millionen betragen muss, muss zur Diskussion gestellt werden. Es ist aufzuzeigen, welche finanzpolitischen Folgen es hat, wenn in der Krise davon abgewichen wird. Zustandswert Hochbau: Die Vorgabe, dass der durchschnittliche Zustandswert 0.80 betragen muss, ist grundsätzlich sinnvoll. Es ist aber aufzuzeigen, bei welchen Anlagen eine Sanierung aufgeschoben werden kann, und die Frist bis zur Erreichung des Zielwerts von 0.80 ist gegebenenfalls anzupassen.
- Gewinnabschöpfung eigene Unternehmen: Es ist zu überprüfen, wie stark die Gewinnabschöpfung temporär in der Krise erhöht werden kann und welche Folgen dies für die stadteigenen Unternehmen hat.
- Verzinsung des Dotationskapitals des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: Eine temporäre Erhöhung der Verzinsung und die Möglichkeit, dass die Stadt ein Darlehen beim Fonds aufnimmt, sind zu prüfen.
- Steuern: Möglichkeiten bei der Steuererhebung für juristische Personen (grosse Unternehmen) sind auszuloten. Eine Steuererhöhung für natürliche Personen schliesst das Grüne Bündnis zurzeit aus.
- Umgang Eigenkapital: Es ist zu prüfen, welcher Spielraum von temporärer Abfederung durch Zuteilungen von Verwaltungs- und Finanzvermögen besteht und welche finanzpolitischen Folgen dies hat.

Mittelfristig

- Der Gemeinderat muss die Wirtschaftsstruktur der Stadt Bern untersuchen und analysieren lassen, welche Annahmen zur Entwicklung der Steuereinnahmen angesichts einer drohenden Rezession plausibel sind. Diese Analyse ist zu publizieren. Gleichzeitig muss der Gemeinderat auch den informellen Dialog mit Unternehmensspitzen pflegen, um seine Wirtschafts- und Finanzpolitik besser planen zu können.
- Mit dem Rechnungslegungsmodell HRM2 zwingen die Konferenz der Kantone und der Kanton Bern mit seiner Interpretation der Stadt ein enges Korsett zur Haushaltsführung auf. So sind beispielsweise Umgang mit Abschreibungsdauer, Rückstellungen, Überschüssen oder Kreditaufnahmen vorgegeben und beschränken den finanzpolitischen



Handlungsspielraum der Gemeinden massiv. Der Gemeinderat muss sich zusammen mit anderen Gemeinden beim Kanton gegen die strikte Umsetzung von HRM2 wehren. HRM2 bringt zwar über die Vergleichbarkeit der Gemeindefinanzen aber es baut in seiner Konstruktion auf New Public Management Grundsätze auf, die einer Logik folgen, dass der Staat möglichst effizient arbeiten soll und nicht möglichst nachhaltig.

- Die Kosten des im STEK geplanten Stadtwachstums sind zu beziffern und mit dem durch die STEK-Umsetzung zu gewinnenden Steuersubstrat in Relation zu setzen.

Inhaltliche Grundsätze

Das Grüne Bündnis steht für eine Politik, die den Menschen und die Umwelt ins Zentrum stellt. Solidarisch. feministisch. grün. sind unsere Handlungsgrundsätze. Auch in der Stadt Bern sind die Auswirkungen der globalen Klimakrise mittlerweile sicht- und spürbar. Je länger mit der Umsetzung der Klimaschutzmassnahmen gewartet wird, desto teurer kommen diese zu stehen. Der schon lange grassierende Sozialabbau auf kantonaler und nationaler Ebene beeinträchtigt das Leben der Menschen in unserer Stadt. Die Stadt Bern soll für eine vorbildliche Sozial- und Klimapolitik eintreten, schweizweit vorangehen und allen Menschen in der Stadt Bern ein Leben in Würde ermöglichen.

Für die breite Bevölkerung – für eine soziale Stadt Bern

Das Grüne Bündnis steht für eine Finanzpolitik der Stadt Bern, die ihre Mittel dort einsetzt, wo sie der breiten Bevölkerung zugutekommen.

Unter den Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise werden insbesondere jene Menschen am meisten leiden, die bereits heute von Armut bedroht oder betroffen sind. Gleichzeitig werden die Arbeitslosenzahlen weiter ansteigen (April: 2.9 auf 3.3 Prozent in der Stadt Bern). In dieser komplexen Situation muss die Stadt mit präventiven Angeboten und Projekten auf die Menschen in prekären Situationen zugehen und nicht ausschliesslich auf die Sozialhilfe setzen (Erhöhung Zugang zu Beratungsangeboten, aufsuchende Gemeinwesenarbeit, niederschwellige Unterstützungsangebote für Sozialhilfe-/EL-Bedrohte, etc.). Die limitierten finanziellen Mittel müssen in solche Projekte fliessen und nicht in Prestigeprojekte, von denen nur wenige profitieren.

Klimamassnahmen umsetzen statt auf die lange Bank schieben

2019 hat der Berner Gemeinderat mit viel Überzeugung ein ambitioniertes Klimamassnahmenpaket präsentiert. Diese Massnahmen müssen nun rasch terminiert und umgesetzt werden, ansonsten droht die Stadt ihre Klimaziele nicht zu erreichen. Angesichts des Klimanotstands, welcher der Gemeinderat vor einem Jahr zu Recht ausgerufen hat, wäre dies ein verheerendes Zeichen. Und Klimapolitik ist auch Finanzpolitik: Wer heute nicht in den Klimaschutz investiert, wird bald teuer dafür bezahlen.



Lokale Wirtschaft unterstützen statt Investitionen blockieren

In der Krise hat sich die öffentliche Hand antizyklisch zu verhalten und muss diejenige lokale Wirtschaft mit Investitionen ankurbeln, die die obigen Kriterien berücksichtigen. Die lokale Wirtschaft soll den Menschen in Bern zugutekommen und zum Klimaschutz beitragen. Hierfür muss die Stadt eine aktive Rolle übernehmen und die KMU in der Krise entsprechend unterstützen.

Skizzierung konkreter Vorschläge auf Basis der inhaltlichen Grundsätze

In der kommenden Finanzdebatte im Stadtrat wird sich das Grüne Bündnis aufgrund der vorher erläuterten Kriterien konkret an folgenden Priorisierungen orientieren. Es handelt sich hier nicht um eine vollständige Auflistung, sondern um erste konkrete Vorschläge.

1) Umwelt, Mobilität, Energie

- Sensibilisierungsprojekte wie die Velo- und die Klimakampagne sind zurzeit nicht vordringlich. Auf sie muss verzichtet werden, bis der finanzielle Spielraum wieder grösser ist.
- Die Klimamassnahmen «Ausbau Fernwärme», «Fonds für Gebäudesanierungen», «Lenkungsabgaben Netznutzung Erdgas» und «City-Logistik/Autofreie Innenstadt» sowie Abbau und Lenkungsabgaben bei Parkplätzen sind wirkungsvoll und müssen priorisiert werden.

2) Verkehrspolitik

- Strassen- und nicht dringende Gleissanierungen werden zurückgestellt, auf ein Tram in die Länggasse wird verzichtet, kein Stadtbeitrag an Car-Terminal Neufeld.
- Teure Projekte wie die Velostation Hirschengraben, die Velobrücke und der Winterdienst in heutiger Form auf den Velohaupttrouten werden überprüft, redimensioniert und gegebenenfalls sistiert.
- Der Ausbau Velohaupttrouten, die grossen Begegnungszonen, flächendeckend Tempo 30 und die Wohnumfeldverbesserung/Freiraumplanung werden priorisiert.

3) Kultur + öffentlicher Raum

- Beiträge an kommerzielle Grossevents wie Swissskills, Tour de Suisse, Lichtspektakel Bundesplatz sowie Beitrag an BeMotionBase / Eventhalle sowie deren Gebührenbefreiung werden gestrichen.
- Keine Kürzung bei der freien Kulturszene, wenn nötig Planung Minderbeiträge für die grossen Fünf auf die nächste Leistungsvertragsperiode.
- keine Umgestaltung Bären- und Waisenhausplatz, Priorisierung Planung Schützenmatte.

4) Sozialpolitik

- Grundsätzlich kein Abbau, sondern Investitionen.



- Stellenausbau und Reduktion der Fallzahlen pro Mitarbeiter*in im Sozialdienst gemäss «[Winterthurer Modell](#)» wird umgesetzt
- Ausbau präventiver Projekte wie Schulsozialarbeit, Gemeinwesenarbeit, Ganztageseschulen, Bildungslandschaften, Zugänglichkeit via aufsuchende Ansätze sicherstellen, niederschwellige finanzielle Unterstützungsangebote für arme und armutsbedrohte Menschen
- Keine Kürzung bei der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männer und bei Investitionen in Kinderbetreuung, Ganztageseschulen und Ferienbetreuung
- Arbeitsintegration: Wiedereingliederungsmassnahmen und -integrationsmassnahmen sowie Lehrstellensicherung muss priorisiert werden.

5) Bauen + Stadtentwicklung

- Die Bau- und Sanierungskosten von Schulhäusern und Sportanlagen müssen von externer Seite auf Spielraum überprüft werden. Um die Kosten möglichst tief zu halten, sind funktionale Bauten umzusetzen und auf übertriebene Reserven ist zu verzichten.
- Verzicht auf Prestigeprojekte wie Museumsinsel, Wiederherstellung Löifu, Erweiterung Bärenpark, Redimensionierung teure Hochwasserschutz-Massnahmen.
- Kein Stellenabbau beim Stadtplanungsamt. Für die Umsetzung des STEK stehen wichtige Projekte an.

6) Personalpolitik

- Externe Mandate und Honorare sollen systematisch untersucht und gekürzt werden.
- Kein Sparen auf Kosten der Angestellten in den niedrigen Lohnstufen und den besonders belastenden Bereichen (z. B. Reinigungspersonal, Entsorgung, Mitarbeiter*innen in Kitas, Tageschulen, Kühlewil)
- Vakanzenbewirtschaftung schwerpunktmässig in Direktionstäben und bei neuen Aufgaben.
- Jede Massnahme muss gemäss Mitwirkungsgesetz früh und transparent mit den Sozialpartnern besprochen und abgestimmt werden.

7) Wirtschaftspolitik

- Redimensionierung des Wirtschaftsamts und Umbau in Stabstelle für «Grüne Wirtschaft» mit Fokus Kreislaufwirtschaft und Unterstützung von Kleinst-KMU.
- Beschaffung im Rahmen des BÖB möglichst lokal umsetzen.
- Innovationsförderung/Konjunkturprogramm; wir brauchen mittel und langfristig neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.
- Der Stadtbeitrag an Bern Welcome ist zu streichen